

fördewind
3_2019

halbzeitbilanz



Das Magazin der Grünen Landtagsfraktion Schleswig-Holstein





EDITORIAL



Liebe Freund*innen,

zweieinhalb Jahre ist die Landtagswahl schon wieder her und Jamaika hat Halbzeit. Die Tatsache, dass wir in letzter Zeit regelmäßig zu Halbzeit-Podien eingeladen werden, zeigt, dass viele Menschen an unserer Politik interessiert sind. Deshalb wollen wir diese Fördewind-Ausgabe nutzen, um Euch einen Einblick in unsere Arbeit in Jamaika während der letzten Jahre zu geben und auch, um den ein oder anderen Ausblick nach vorne zu wagen.

Das Spannende in Jamaika ist, dass wir mit CDU und FDP im Prinzip die Debatten der Gesellschaft im Kleinen führen und nach Lösungen suchen. Das ist wohl der Hauptvorteil in einer Koalition, in der die beteiligten Parteien inhaltlich doch oftmals sehr weit auseinanderliegen. Wir arbeiten mit unseren Koalitionspartner*innen konstruktiv zusammen und färben die Jamaika-Flagge möglichst grün ein. Und das muss sich vor allem anderen im Kampf gegen den Klimawandel zeigen.

Neben den vielen Themen, die uns bewegt haben, hat sich bei uns auch personell einiges getan. In der Regierung haben wir drei neue Grüne Gesichter. Aber

auch bei uns in der Fraktion mussten wir uns von Rasmus verabschieden, der nach Brüssel gegangen ist, und freuen uns sehr über unseren neuen Kollegen Joschka. Abschiede sind meistens schmerzlich, aber immer bieten sie auch neue Chancen – diese wünschen wir Rasmus und werden wir mit Joschka erfahren.

Ich wünsche Euch viel Freude beim Lesen unserer Berichte auf den kommenden Seiten. Eines ist mir aber noch wichtig zu schreiben: Wir hatten für unsere Berichte alle nur eine begrenzte Zeichenzahl zur Verfügung, sodass wir alle Themen nur anreißen konnten und das ein oder andere vielleicht sogar ganz weglassen haben. Wenn Ihr irgendwelche Fragen zu unserer Arbeit habt, könnt Ihr euch gerne melden.

Herzlichst, Eure

Eka von Kalben

GESUNDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Marret Bohn

Gesundheit und Pflege

Beim Start unserer Jamaika-Koalition habe ich mir vorgenommen, dass wir Grüne der soziale Kompass für dieses Bündnis werden. Zentrale Themen sind für mich hierbei **Gesundheit und Pflege**. Ich freue mich sehr darüber, dass ich hierfür vollen Rückenwind von meiner Fraktion bekomme. Und mit guten Argumenten, klarer Kante und viel Geduld gelingt mehr in Jamaika, als ich es für möglich gehalten hätte.

Wir haben das **Schulgeld für die Altenpflegeausbildung** abgeschafft und die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht. Bei den letzten Haushaltsberatungen ist es zusätzlich gelungen, das Schulgeld **in den Gesundheitsfachberufen** abzuschaffen. Alle diejenigen, die eine Ausbildung im Bereich Physiotherapie, Ergotherapie oder Logopädie machen, mussten bisher Geld mitbringen für eine Ausbildung in einem Mangelberuf – damit ist jetzt endlich Schluss und darüber freue ich mich riesig!

Auch auf Bundesebene mischen wir fleißig mit: Wir haben Bundesratsinitiativen zur Finanzierung der Pflegekosten und zur Deckelung der Angehörigenbeteiligung auf den Weg gebracht, damit Pflege nicht zur Armutsfalle wird.

Den Sanierungsstau bei den **Krankenhäusern** bauen wir weiter ab. Ergänzt wird dies durch einen Versorgungssicherungsfonds von 10 Mio. Euro für medizinische Projekte mit dem Schwerpunkt medizinische Versorgung im ländlichen Raum.

Und es ist uns Grünen gelungen, bei den Haushaltsberatungen die Förderung der **Hospiz- und Palliativmedizin** deutlich zu erhöhen. Schwer Kranke und Sterbende brauchen besondere Unterstützung, dafür werden wir uns auch zukünftig einsetzen.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Wir haben ein modernes **Teilhabestärkungsgesetz** für Schleswig-Holstein beschlossen und hierbei neue Maßstäbe bei der Beteiligung von Menschen mit Behinderung gesetzt. Als einzige Fraktion übersetzen wir regelmäßig Landtagsanträge in leichte Sprache. Mit dem Fonds für Barrierefreiheit von 10 Mio. Euro unterstützt das Land Projekte vor Ort, damit Schritt für Schritt die Barrierefreiheit in Schleswig-Holstein verbessert wird.

Armut bekämpfen – Zukunftslabor zur sozialen Sicherung und zum Grundeinkommen

Schleswig-Holstein ist der Lohnkeller der Republik – das hören wir immer wieder. Heute der Lohnkeller, morgen das Armenhaus – diese Entwicklung wollen wir stoppen. Besonders bei Alleinerziehenden, bei Frauen und bei prekär Beschäftigten ist das Armutsrisiko groß. Das Zukunftslabor zur sozialen Sicherung soll konkrete Modelle erarbeiten für die Zukunft der sozialen Sicherung in den Zeiten von Digitalisierung und demografischem Wandel. Kindergrundsicherung, **Grundeinkommen**, Garantierende Bürger*innenversicherung stehen auf der Tagesordnung – wir müssen in unserer Gesellschaft neue Wege gehen, um die soziale Sicherung und damit den sozialen Frieden zu erhalten.



*Parlamentarische
Geschäftsführerin,
Abgeordnete für
Gesundheit, Soziales,
Familien, Minderheiten*

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode wird unser größtes Projekt das **Landeskrankenhausgesetz** sein. Unser Ziel ist es, die stationäre Gesundheitsversorgung auf qualitativ hohem Niveau sicher zu stellen, damit alle Patient*innen – auch auf Inseln und Halligen – Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Behandlung haben.

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird uns weiterhin auf Trab halten. Den Nichtraucher*innenschutz von Kindern und Jugendlichen wollen wir verbessern. Wir haben noch viel vor. Ich freue mich über eure Rückmeldungen, Fragen oder Kritik.



NATÜRLICHES

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Von Marlies Fritzen

Ein erster Erfolg für den Bereich **Umwelt- und Naturschutz** ist der Koalitionsvertrag: Die in der Küstenkoalition erreichten Standards (u.a. 10 Prozent Naturwald, bleifreie Jagd, Vorkaufsrecht für naturschutzfachlich wertvolle Flächen, Biotopschutz) werden nicht abgesenkt werden. Das waren „harte Nüsse“ für unsere Koalitionspartner. Für uns Grüne ist es die notwendige Grundlage unserer täglichen Jamaika-Arbeit.



Abgeordnete für
Umwelt, Naturschutz
und Kultur

Wir haben die Erarbeitung einer Strategie für biologische Vielfalt und für ein Bodenschutzprogramm auf den Weg gebracht. Bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen wird sich erweisen,

ob Jamaika im Umweltbereich zu einer fortschrittlichen Politik für ambitionierten Arten- und nachhaltigen Flächenschutz fähig ist.

Konkrete Neuerungen in dieser Wahlperiode sind:

- die deutlich erhöhte Förderung der Naturparke von 90.000 auf 300.000 Euro jährlich,
- die Entwicklung eines Konzeptes zur Sanierung der Schlei,
- Insektenschutz durch Forschung und Blühstreifenprogramm,
- eine umfangreiche Reform des Landeswassergesetzes u.a. mit stärkerem Schutz vor Fracking.

Die Jamaika-Koalition hat etwas von einer invasiven Art. Fremd im Biotop sucht sie sich ihre Nische, verdrängt vielleicht andere, muss aber auch neue eigene Strategien entwickeln, um zu überleben. Eine Strategie ist auch, Differenzen nicht zuzukleistern.

Im Artenschutz zeigt sich das sehr deutlich am emotional, ja stark populistisch diskutierten Thema Wolf. Vernunftgeleitete Politik müsste darauf ausgerichtet sein, das Leben mit dem **Wolf** zu gestalten. Davon ist Jamaika meilenweit entfernt. Statt ein modernes Wolfsmanagement zu unterstützen, zielen CDU und FDP auf den Artenschutz und fordern, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen. Auch wenn dies ein sehr spezielles und auch schwieriges Thema ist, zeigen sich hier doch fundamentale Unterschiede in der Betrachtung naturschutzfachlicher Fragen.

Und damit zur Kultur – das strenge Layout erfordert harte Schnitte. Die **Kulturförderung** des Landes ist seit Jahren eine finanzielle Mängelverwaltung, die keine großen Sprünge zulässt. Dennoch ist es gelungen, erste Akzente zu setzen. Wir haben die Musikförderung des Landes im ersten Koalitionswahljahr angesichts guter Steuereinnahmen deutlich anheben können. Davon profitieren die Musikschulen im Land und damit vor allem Kinder und Jugendliche.

Um die **kulturelle Bildung** und den Austausch zwischen Schulen und Kulturschaffenden zu stärken, haben wir landesweit Kulturfachberater*innen etabliert.



Es ist uns gelungen, erste Akzente in der Kulturförderung zu setzen. Wir konnten die Musikförderung deutlich anheben.

Eine neue Stelle berät und unterstützt darüber hinaus Kultureinrichtungen bei der Beschaffung von Fördermitteln. Und nicht zuletzt konnten wir als Grüne erstmalig 2,5 Mio. Euro für Investitionen in der freien Kunstszene sichern.

Der jetzt anstehende Schwerpunkt ist die **Theaterförderung**. Die kommunalen Theater brauchen, um Tarifsteigerungen zu stemmen, eine erhöhte Förderung und die private Szene neue und moderne Förderstrukturen. Mein Eindruck ist, dass die Jamaika-Koalition hier an einem Strang zieht und wir diesen Bereich gemeinsam stärken werden.



LEBENSWERTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Eka von Kalben

Fraktionsvorsitzende in Jamaika – das klingt entspannt. Ist es aber nicht immer. Auf der einen Seite Sorge ich dafür, dass die Jamaika-Koalition zusammenhält, auf der anderen Seite werde ich gegenüber CDU und FDP auch mal unbequem, wenn Grüne Interessen auf dem Spiel stehen. Das ist manchmal ein ganz schöner Kraftakt, aber gleichzeitig gibt er auch Energie und Freude, wenn ich mir das Ergebnis anschau. Jamaika war keine Koalition, die vor der Landtagswahl 2017 favorisiert wurde. Unter dieser Voraussetzung haben wir **gemeinsam** schon sehr **viel auf die Beine gestellt**, was auch in den Berichten meiner Fraktionskolleg*innen deutlich wird.

Vor allem aber bin ich froh, wenn ich mir meine Fraktion anschau. Wir sind nicht

nur auf dem Papier ein 10er-Team – wir arbeiten eng und vertrauensvoll zusammen. Und auch wenn es mal Differenzen gibt, können wir uns immer aufeinander verlassen. Das finde ich ganz schön stark!

Als Fraktionsvorsitzende habe ich quasi eine **Mitzuständigkeit für alle Themen**. Und werde deshalb auch zu Terminen zu sämtlichen Themen eingeladen.

Wenn es irgendwo brennt oder die Koalitionspartner*innen in den gemeinsamen Arbeitskreisen mauern, dann setze ich mich in unseren wöchentlichen Koalitionsrunden für eine gute Lösung ein, um die Fachabgeordneten meiner Fraktion in ihren Verhandlungen zu unterstützen.



*Fraktionsvorsitzende,
Abgeordnete für Kita,
Religion, Ehrenamt,
Rettungsdienste*

Ich selbst habe die fachpolitische Zuständigkeit für die Bereiche **Religion, Ehrenamt, Blaulicht und Kita**. Wobei mich



Besonders intensiv und fruchtbar für meine inhaltliche Arbeit sind die Touren durch das Land, die ich neben den Ausschwärmtagen in der sitzungsfreien Zeit mache.



in dieser Legislaturperiode insbesondere die **Kita-Reform** in Anspruch nimmt, zu welcher wir in der Koalition viele Runden gedreht und intensiv verhandelt haben. Mir war es von Beginn an wichtig, Euch mit einzubinden und mitzunehmen. Viele Orts- und Kreisverbände haben mein Angebot genutzt und mich eingeladen, um ihnen die Reform vorzustellen und zu erläutern. Und auch die Fragen von Erzieher*innen, Eltern und Kita-Leitungen konnte ich in vielen Besuchen und Gesprächen beantworten oder aufnehmen. Seit einiger Zeit gebe ich auch regelmäßig einen Kita-Newsletter heraus, um den Prozess transparent zu kommunizieren.

Besonders intensiv und fruchtbar für meine inhaltliche Arbeit sind die **Touren durch das Land**, die ich neben den Ausschwärmtagen in der sitzungsfreien

Zeit mache. Ein ganz besonderes Highlight bleibt für mich meine Sommertour 2018 zum Thema „Schwimmen Lernen“, wobei ich mit dem Kinderschutzbund kooperiert habe. Aber auch während meiner anderen Oster-, Sommer- und Herbsttouren in dieser Legislaturperiode zu den Themen Blaulicht, Kinder- und Jugendschutz, Religionen, Nachhaltigkeit und Müll konnte ich mit vielen Menschen vor Ort ins Gespräch kommen und Eindrücke und Arbeitsaufträge aus ganz Schleswig-Holstein mit zurück in die Fraktion nehmen.

Als Fraktionsvorsitzende werde ich auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode alles dafür tun, Grüne Erfolge in Jamaika zu erreichen, zu vermitteln und ein Ohr für alle jenseits des Landeshauses zu haben.

DIGITALES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Joschka Knuth

Wirtschaft

Meistergründungsprämie

Mit der in 2019 eingeführten Meistergründungsprämie unterstützen wir Meister*innen bei der Gründung oder Übernahme von Handwerksbetrieben. Seit dem Start wurde die Prämie bereits über 50 Mal in Anspruch genommen.



Abgeordneter für
Wirtschaft, Arbeit,
Digitalisierung,
Tierschutz, Sport,
Verbraucher*innen-
schutz

Förderung Digitalisierung im Mittelstand und Start-Up-Förderung

Zur Unterstützung der Digitalisierung der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein sowie für Initiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Existenzgründungen wurden und werden die Haushaltsmittel fortschreitend erhöht.

Digitalisierung

Onlinezugangsgesetz

Mit Hochdruck wird derzeit an der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes gearbeitet. Hierzu haben wir mit den Kommunen den IT-Verbund Schleswig-Holstein neu aufgestellt und besser ausgestattet. Bis 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen digital angeboten werden.

Digitalisierungspreis

Seit 2018 verleiht die Landesregierung den schleswig-holsteinischen Digitalisierungspreis, der jährlich mit insgesamt 70.000 Euro dotiert ist. Damit werden herausragende Projekte im Bereich Digitalisierung aus Schleswig-Holstein gefördert.

Sondervermögen künstliche Intelligenz und KI-Strategie

Im September-Landtag hat die Landesregierung einen Gesetzesentwurf für ein Sondervermögen künstliche Intelligenz (KI) eingebracht. Künftig werden mit dem Sondervermögen Projekte, Unternehmen und Initiativen zur Anwendung von künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein unterstützt und finanziert. Im ersten Jahr wird das Sondervermögen mit 4,5 Mio. Euro ausgestattet.

Digitalisierungsprogramm

Mit dem Digitalisierungsprogramm hat die Landesregierung einen konkreten Fahrplan für die Digitalisierung in Schleswig-Holstein erarbeitet. Seit 2018 werden die Projekte des Digitalisierungsprogramms umgesetzt. Von Breitbandanschlüssen für alle Schulen, über den Umbau der Landesbibliothek zum digitalen Knotenpunkt bis zur Ausstattung der gesamten Landespolizei mit digitalen Endgeräten werden zahlreiche Projekte realisiert.

Ausbau digitaler Infrastruktur

Mittlerweile sind in Schleswig-Holstein über 40 Prozent der Haushalte an das Glasfasernetz angeschlossen. Damit nimmt Schleswig-Holstein unter den Flächenländern ganz klar den Spitzenplatz ein. Darauf ruhen wir uns nicht aus, sondern fördern den Breitbandausbau im Land in diesem Jahr mit 10 Millionen Euro. Mit weiteren 7 Mio. Euro unterstützen wir gezielt den Netzausbau im ländlichen Raum durch die Kommunen; die Fortsetzung dieser Förderung mit weiteren 7 Mio. Euro ist auch für 2020 geplant.



Open Source

Wir haben einen Plenarantrag beschlossen, der fordert, möglichst viele IT-Verfahren des Landes auf Open-Source-Software umzustellen, um die Abhängigkeit von den großen, marktbeherrschenden Softwarekonzernen zu verringern und Innovationen zu fördern. Dazu werden die Ausschreibungsbedingungen entsprechend angepasst und das Personal geschult. Ziel ist langfristig die vollständige Ablösung bisheriger Closed-Source-Lösungen durch Open Source.

Sport

Breiten- und Spitzensportförderung

Für die Förderung des Breiten- und Spitzensportes im Land konnten seit Beginn der Legislaturperiode über 20 Mio. Euro an investiven Mitteln bereitgestellt werden. Klarer Grüner Erfolg ist es, dass jede Förderung des Spitzensportes in gleicher Höhe auch in den Breitensport fließt. Damit konnte in den vergangenen Jahren die Sanierung vieler kommunaler Sportstätten unterstützt werden.



eSport

Wir haben eine umfangreiche Debatte zu eSport in Gang gesetzt und uns im Innen- und Rechtsausschuss in zwei Anhörungen eingehend damit befasst. 2019 konnten wir bereits 500.000 Euro für die Unterstützung kommunaler eSport-Häuser zur Verfügung stellen, nicht nur um notwendige Infrastruktur in den Städten und Gemeinden aufzubauen, sondern auch um die Ausbildung von Trainer*innen zu finanzieren. So können insbesondere im Jugendbereich Medienkompetenz und Suchtprävention gestärkt werden.

Verbraucher*innenschutz

Verbraucherzentrale

Die Verbraucherzentrale ist die wichtigste Instanz für den Verbraucher*innenschutz im Land. Um ihre Arbeit zu sichern und auszubauen, haben wir die Mittel zur Finanzierung der Verbraucherzentrale seit 2018 um

200.000 Euro aufgestockt. Damit bleibt ein wichtiges, niedrigschwelliges Beratungsangebot für die Bürger*innen im Land erhalten.

Landeslabor

Auch für das Landeslabor haben wir die Mittel um über 800.000 Euro aufgestockt. Das Landeslabor leistet mit seiner Arbeit eine unverzichtbare Grundlagenarbeit für den Verbraucher*innenschutz im Land.

Tierschutz

Tierschutzbeauftragte

Im vergangenen Jahr haben wir erstmals eine Tierschutzbeauftragte für Schleswig-Holstein berufen. Sie steht den Bürger*innen als Ansprechpartnerin für Angelegenheiten des Tierschutzes zur Verfügung und kann diese mit Rat und Tat unterstützen. Dies ist eine wichtige Neuerung für den Tierschutz im Land.

Eine Welt

Beratungsstelle zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung

Das Tariftreue- und Vergabegesetz hat unsere Koalition herausgefordert. Diesen Punkt haben wir bei den Koalitionsverhandlungen verloren und wir mussten hinnehmen, dass die „vergabefremden Kriterien“ zur Vermeidung von Kinderarbeit und der Einhaltung von Sozialstandards nicht mehr verpflichtend im Gesetzestext gefordert werden. Aber wir haben dafür gesorgt, dass „Strategische Ziele und Nachhaltigkeitsaspekte“ im Gesetz als zulässig verankert wird. Und es ist uns gelungen, eine kommunale Beratungsstelle zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung einzurichten, die künftig beim Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) angegliedert wird.



SICHERES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Burkhard Peters

Bisher ist es uns sehr gut gelungen, den befürchteten konservativen Rollback für den Bereich der Innen- und Rechtspolitik zu verhindern. Hatte doch die CDU noch im Wahlkampf markige Versprechen für eine harte „Law and Order“-Politik herausposaunt, war das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen eines, das sich sehen lassen konnte. Kein Rollback, stattdessen eine liberale, progressive Handschrift. So konnten wir deutliche Akzente bei Prävention und Resozialisierung setzen und haben gleichzeitig wirksame Sperren gegen die Einführung immer schärferer Sicherheitsgesetze im Land errichtet.

Auf dieser guten Grundlage arbeiten wir mit den beteiligten Akteur*innen in der parlamentarischen Praxis konstruktiv zusammen. Die Reform des **Landespolizeigesetzes** ist dafür ein gelungenes Beispiel. Für viele Grüne Mitglieder vor dem Hintergrund der schlechten Erfahrungen in anderen Bundesländern ein rotes Tuch. Trotzdem ist es uns gelungen, einen ausgewogenen Kompromiss zu formulieren. Das ist auf den er-

sten Blick zum Teil schwer zu verdauen, wenn es z.B. um den finalen Rettungsschuss oder den Schusswaffeneinsatz gegen vermeintlich Minderjährige geht. Tatsächlich setzen wir dabei aber bereits bestehendes Bundesrecht in Landesrecht um und ist deshalb für uns auszuhalten.

Auf der Habenseite zählt vor allem, dass wir die Ausweitung von Überwachungsphantasien für Schleswig-Holstein verhindern können. Denn im Gegensatz zu anderen Bundesländern verzichteten wir

unter anderem auf Vorratsdatenspeicherung, Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung im Landespolizeirecht.

Da weitere Errungenschaften aus der vorangegangenen Legislaturperiode wie die Kennzeichnungspflicht, die Polizeibeauftragte oder das Versammlungsgesetz bestehen bleiben, ziehen wir unter dem Strich insgesamt für diesen Bereich eine positive Bilanz.

Die gleiche Bilanz können wir für die Reform des **Landesdatenschutzgesetzes** ziehen. Durch konstruktive und kompromiss-

Kein Rollback,
stattdessen eine
liberale, progressive
Grüne Handschrift.



berete Zusammenarbeit mit Regierung und Koalitionsfraktionen konnten wir die Datenschutzgrundverordnung in Landesrecht übersetzen und den Standard für den Datenschutz in Schleswig-Holstein weiter hoch halten. Dank einer Evaluationsklausel wird es nun an uns sein zu überprüfen, wo es im Land hakt und nachgebessert werden muss. Wer uns dazu Hinweise geben kann, ist herzlich eingeladen, mich zu kontaktieren.

Als nächstes steht für uns ein **Resozialisierungsgesetz** auf dem Programm und auch hier hoffe ich, einen deutlich Grünen Akzent für eine auch weiterhin auf Behandlungsvollzug und Haftvermeidung aufbauende Strafvollzugspolitik in Schleswig-Holstein zu setzen.

Unsere aktive Mitarbeit im **Untersuchungsausschuss** zur sogenannten „Rocker-Affäre“ ist sehr zeitintensiv. Konkret stehen der Einsatz von V-Leuten und die Führungs- und Fehlerkultur in der Landespolizei im Fokus unserer Untersuchungen. Nach bislang über anderthalb Jahren Arbeit gehen wir fest davon aus, dass wir am Ende des PUA Ergebnisse liefern werden, die unserer Bürger*innenpolizei und unseren Rechtsstaat stärken werden.

Last but not least: Der Landtag untersucht weiter die Frage der **Nazi-Kontinuität nach 1945** in Schleswig-Holstein. Ein Historiker*innenteam arbeitet auf, welche Karrieren ehemalige NSDAP-Mitglieder auch nach 1945 in Polizei, Justiz und Kommunalverwaltung hingelegt haben. Damit ist die Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History bei der Uni Flensburg beauftragt. Bereits in der vergangenen Wahlperiode hatte das Vorgängerinstitut (IZRG) die braune Vergangenheit unseres Landesparlaments nach dem Ende der Nazi-Diktatur beleuchtet und beunruhigende Erkenntnisse zutage gefördert. Die Studien leisten einen in der heutigen Zeit unverzichtbaren Beitrag, die Erinnerung und Verantwortung wach zu halten.



*Burkhard Peters
Abgeordneter für
Innen, Recht und
Datenschutz*

STABILES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Lasse Petersdotter

Ein Bündnis mit CDU und FDP habe ich zuvor für unmöglich gehalten. Nun besteht es schon seit 30 Monaten. Gerne wird die Zusammenarbeit von außen als „geräuschlos“ kommentiert, was wohl eher dem geschuldet ist, dass viele Konflikte offensichtlich sind und ihre Entwicklungsstufen oft klar kommuniziert werden, statt nur die letzten Eskalationsstufen öffentlich auszutragen.

Neben meiner grundsätzlichen Skepsis hatte ich starke Zweifel daran, einen gemeinsamen Kurs in meinen Politikfeldern zu finden: Finanzen, Haushalt, Hochschule, Politische Bildung, Erwachsenenbildung, Strategien gegen Rechtsextremismus und bis vor kurzem Tierschutz. Doch in vielen Bereichen ist es ge-

lungen. Auf eine kleine Auswahl möchte ich gerne eingehen:

Zum **Tierschutz**: Die Vorstellungen einer wirksamen Tierschutzpolitik gehen bei der CDU und uns weit auseinander. Deswegen habe ich mich zunächst auf den Haustierbereich konzentriert, weil hier die Gräben nicht so tief sind. Im Zusammenhang mit zahlreichen Besuchen in Tierheimen ist es uns gelungen, nach über zehn Jahren die Tierheime in Schleswig-Holstein wieder mit Landesmitteln zu unterstützen. Dies wirkt: Überall im Land werden Tierheime saniert und ausgebaut. Und sogar im Bereich der „Nutztiere“ sind uns Fortschritte gelungen, wenn wir etwa an unser konsequentes Vorgehen gegen Tiertransporte ins außereuropäische Ausland denken.



Nach über zehn Jahren werden die Tierheime in Schleswig-Holstein wieder mit Landesmitteln unterstützt.



Antifaschismus ist mehr als ein paar Haushaltstitel.

Finanzen und Haushalt: Uns ist es gelungen, den Verkauf der HSH-Nordbank zu vollziehen und drei solide Haushalte für mehr Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit und Infrastruktursanierung aufzustellen. Ebenso haben wir uns darauf geeinigt, eine Anzeigepflicht für Steuergestaltung zu fordern und das Steuerschlupfloch der Share-Deals zu schließen. Sogar im Bereich Divestment sind wir einen wichtigen Schritt gegangen: Mit FINISH, der Finanzstrategie Nachhaltigkeit in Schleswig-Holstein, werden wir das erste Divestmentgesetz in Deutschland schaffen und bundesweit an der Spitze derer stehen, die ihre Finanzanlagen beispielsweise aus der Kohleindustrie zurückziehen und in nachhaltige und soziale Unternehmen investieren.

Von besonderer gesellschaftlicher Relevanz ist unsere **Reaktion auf den Rechtsruck** in Deutschland. In meiner Bewerbungsrede habe ich meine antifaschistische Position deutlich gemacht. Diese wollte ich schnell in das Parlament tragen. So ist es uns gelungen, die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus deutlich zu stärken, etwa indem wir die Personalmittel für die mobilen Beratungsteams der AWO fast verdoppelt haben. Aber auch Opfer rechter Angriffe können nun durch eine neue Geschäftsstelle und eine bessere Personalausstattung bei der Beratungsstelle ZEBRA e.V. besser geschützt und betreut werden.

Antifaschismus ist allerdings mehr als ein paar Haushaltstitel. Wir haben wichtige Debatten, beispielsweise zu den Nazi-Aufmärschen in Chemnitz, geführt, die nicht nur die Fassade der AfD einrissen, sondern auch den Zusammenhalt der AfD-Fraktion stark destabilisierten. Zudem führte es zu zahlreichen klaren Absagen der CDU an die AfD. Durch unsere Große Anfrage zu Reichsbürger*innen konnten wir wichtige Informationen zu der Szene zusammentragen, öffentlich zur Verfügung stellen und einmal mehr deutlich machen, dass es sich dabei nicht um „harmlose Spinner“ handelt.

Ein Bündnis aus CDU, Grünen und FDP mag in vielen Themenbereichen nicht die Radikalität entfalten können, derer es gerade bedarf, aber es ist das Ergebnis der Landtagswahl von 2017 und kann über fünf Jahre stabilisierend wirken. In der aktuellen gesellschaftlichen Lage ist das viel wert. Mit Blick auf viele unserer Herausforderungen taugt es aus meiner Sicht aber nicht zum Langzeitprojekt.



*Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender,
Abgeordneter für
Finanzen, Haushalt,
Hochschule, Politische
Bildung, Erwachsenen-
bildung, Medien,
Strategien gegen
Rechtsextremismus*



SCHLAUES

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Ines Strehlau

In der Schule, beziehungsweise schon in der Kita, wird der Grundstein für das weitere Leben gelegt. Das ist insbesondere in Hinsicht auf die Kinder wichtig, die aus schwierigen Verhältnissen kommen. Wenn Lehrkräfte genug Zeit und Schüler*innen genug Unterstützung bekommen, wird Schule zu einem Ort, der Kindern Halt gibt. Dafür setzen wir uns jeden Tag ein. Und deswegen können wir eigentlich nicht genug finanzielle Mittel in den Bildungsbereich geben.

In der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode war die Erarbeitung des **Bildungsbonus- bzw. des Perspektiv-Schulen-Programms** das Projekt für Strukturausgleich und Bildungsgerechtigkeit. Hier haben wir uns als Grüne dafür eingesetzt, dass die Mittel maßgeblich erhöht wurden und der Bildungsbonus schon zum Schuljahresbeginn 2019/2020 in voller Höhe starten konnte.

Ein weiteres Projekt, das auf Grüne Initiative hin in den Haushalt 2020 aufgenommen wurde, ist die Ausweitung des **Produktiven Lernens**. Produktives Lernen

hat zum Ziel, eine stärkere Individualisierung von Bildungsprozessen herzustellen. Schüler*innen bekommen durchgängig in den Klassen 8 und 9 die Möglichkeit, durch verschiedene Praktika den Berufsalltag kennenzulernen. So wird ein besserer Übergang von Schule in den Beruf gewährleistet und Schulabbrüche können gesenkt werden. In Schleswig-Holstein können jetzt fünf zusätzliche Schulen mit diesem tollen Konzept an den Start gehen.

Das **Handlungskonzept PluS** muss auch in der neuen EU-Förderperiode erhalten bleiben. Hier haben Jugendliche die Chance, die letzten zwei Schuljahre bis zum ersten allgemeinbildenden Schulabschluss in drei Jahren zu absolvieren und mehrere Praktika zu machen. Ein erfolgreiches Konzept beim Übergang in den Beruf, für dessen Erhalt wir kämpfen werden. Auch die bessere Unterrichtsversorgung - 101 Prozent an allgemeinbildenden Schulen und 97 Prozent an berufsbildenden Schulen - entlastet Lehrkräfte und Schule insgesamt. Wir wollen da noch eine Schippe drauflegen, um Ausfallszeiten durch Krankheit oder Klassenreise wirklich abfedern zu können.

Apropos Fachkräftemangel: Besonders an den Grundschulen gibt es nach wie vor einen Mangel an Lehrkräften. Da die Schüler*innenzahlen in Zukunft wieder steigen, legen wir uns auch hier ins Zeug. Die stufenweise Erhöhung der **Besoldung für Grundschullehrkräfte** von A12 auf A13 (bis 2025) ist ein wichtiger Schritt, um den Beruf attraktiver zu machen. Neben der Ermöglichung von Quer- und Seiteneinstieg haben wir die Zahl der Studienplätze erhöht, um mehr Lehrkräfte zu gewinnen.

Gute Lehrkräfte brauchen Zeit und unsere maximale Unterstützung.

Und die berufsbildenden Schulen?

Hier haben wir unter anderem 16 Schulpsycholog*innen mehr eingestellt. Und um auch eine noch bessere Unterrichtsversorgung zu erreichen, bietet das Land, zusammen mit der Europa-Universität-Flensburg, seit September 2019 das duale Studium für das Berufsschullehramt im gewerblich-technischen Bereich an.

Was sonst noch?

Immer mal wieder müssen wir uns mit den Anträgen der AfD herumschlagen. Besonders froh sind wir in diesem Kontext, dass es keine abschlussbezogenen Klassen an Gemeinschaftsschulen geben wird. Die AfD hatte dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. CDU und FDP waren dem Thema gegenüber nicht ganz abgeneigt. Ohne uns Grüne in dieser Koalition hätte es einen ziemlichen Rückschritt in der Bildungspolitik gegeben.

Was steht in Zukunft noch auf dem Fahrplan?

Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode haben wir

unsere Schwerpunkte auf Ganztag und Inklusion gelegt. Im Bereich **Ganztagsschule** ist unser Ansatz Qualität statt Quantität, weil nur bei einem qualitativ hochwertigen Ganztagsangebot das Ziel von Bildungsgerechtigkeit verfolgt werden kann. Kinder sollen durch den Ganztag nicht zusätzlich gestresst, sondern vielmehr professionell betreut werden.

Beim Thema **Inklusion** müssen wir ebenfalls noch besser werden, auch wenn wir schon einen guten Start hingelegt haben. So wurden 70 zusätzliche Stellen für Sonderpädagog*innen an Schulen geschaffen. Zusätzlich wurden 40 weitere Studienplätze für Sonderpädagogik an Hochschulen eingerichtet, die auf gute Resonanz stoßen. Im Rahmen der Zielvereinbarungen ist eine weitere Erhöhung um 40 Studienplätze geplant.

Auch die **Arbeitsentlastung der Lehrkräfte** liegt uns weiterhin am Herzen. Hier ist ein Konzept in Arbeit. Zudem wollen wir die Struktur der Schulaufsicht überarbeiten.

Inhaltlich schauen wir außerdem gerade, wie es nach dem „Jahr der politischen Bildung“ weitergehen kann und wie eine Verzahnung mit BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung) und MINT (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gestaltet werden kann.

Es gibt also noch viel zu tun. Wir bleiben am Ball und freuen uns über Eure Fragen, Anregungen und Kritik.



*Abgeordnete für Schule,
Kommunales, Berufliche
Bildung, Norddeutsche
Kooperation*

MOBILES

SCHLESWIG-HOLSTEIN

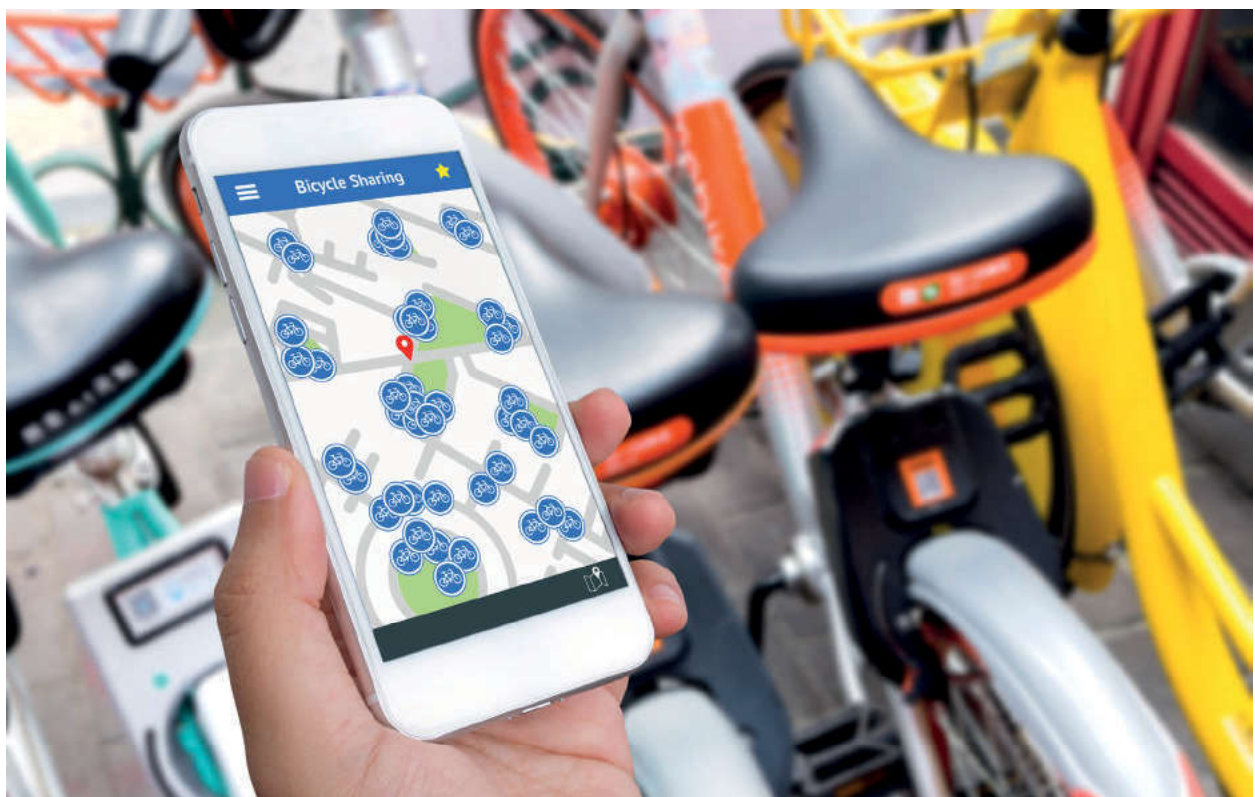
Von Andreas Tietze

Für mich stehen zwei Themen ganz oben auf der politischen Agenda: Keine Klimaretung ohne **Verkehrswende** und **bezahlbaren Wohnraum**.

Die Grüne Forderung, Innenverdichtung vor Neuversiegelung, werden wir mit der ersten Änderung der Landesbauordnung erfolgreich umsetzen. Die Schaffung von Wohnraum aus dem Bestand heraus wird durch die Änderung verschiedener Paragraphen erheblich erleichtert werden. Auf diesem Weg soll die vorhandene Infrastruktur innerhalb der Kommunen mehr und besser genutzt werden und die Neuversie-

gelung von Flächen verringert werden. Neben neuen Förderprogrammen zur Stärkung der Eigentumsbildung und des Mietwohnungsbaus, die auf den Weg gebracht werden, setzen wir uns außerdem für eine Dynamisierung des Wohngeldes ein. Besondere Förderprogramme sollen für eine Verlängerung von auslaufender Bindung im sozialen Wohnungsbau sorgen und zusätzlich zur Schaffung von Belegbindungen im Bestand dienen.

Im Bereich Verkehr machen wir Schluss mit Dieseltriebwagen. Mit Grüner Beteiligung in der Küstenkoalition begonnen, wurde die Ausschreibung für 55 emissionsfreie Triebwagen mit Grüner Beteiligung



Viele kurze Strecken könnten mit dem Fahrrad erledigt werden, wenn die Wege vor Ort besser wären. Hierfür haben wir die kommunale RAD.SH gegründet und gefördert.



Einer unserer Erfolge ist die Reaktivierung der Schienenstrecke Kiel – Schönberg, trotz der Widerstände wegen höherer Baukosten.

unter Jamaika vollendet. Doch wichtiger als Klimaschutz bei der **Bahn** ist Klimaschutz durch die Bahn. Damit Züge zukünftig da und dann fahren, wo die Menschen es brauchen, haben wir unsere Strategie Netz25+ aufgelegt. Wir haben erreicht, dass jetzt erstmals landesweit erarbeitet wird, wie der Schienenverkehr seiner Rolle als Rückgrat des Umweltverbundes gerecht werden kann. Einer unserer Erfolge ist die Reaktivierung der Schienenstrecke Kiel – Schönberg, trotz der Widerstände wegen höherer Baukosten.

Zum Zug gehört auch der **Bus**. Für die dafür verantwortlichen Kommunen haben wir die Regionalisierungsmittel generell um jährlich 5 Mio. Euro erhöht. Zudem steigen sie jährlich um 1,8 Prozent. Die „Starken Linien“ von Zug und Bus brauchen flexible Anbindungen vor Ort. Deshalb haben wir mit anderen Grünen Landtagsfraktionen zusammen untersucht, wie autonome Shuttle in Zukunft den ÖPNV stärken können. Diese Zukunft zu gestalten ist eine große Aufgabe, die wir gerne annehmen.

Das beste Angebot nützt wenig, wenn es sich keiner kaufen kann. Sei es, dass es zu teuer oder zu kompliziert ist. Deswegen arbeiten wir weiter am einfachen,

fairen und günstigen NordTarif. Bis dahin fangen wir schon einmal mit günstigen Angeboten an. Allen voran das **Semesterticket**, das nun endlich landesweit eingeführt wurde. Tickets für Angestellte und Lernende stehen bei uns als nächstes auf dem Zettel.

Die Hälfte aller Autofahrten ist kürzer als 5 km. Fahrräder würden schon heute viel mehr Wege übernehmen, wären die Wege vor Ort besser. Hierfür haben wir schon in der Küstenkoalition die kommunale RAD. SH gegründet und gefördert, die nun unter Jamaika eine Geschäftsstelle bekommt, damit wir in Zukunft besser wissen, wie wir Radfahren fördern können. Grundlage wird die Radstrategie sein, die derzeit nach dem Vorbild Baden-Württembergs erarbeitet wird.

Lasst uns weiter zusammen die Zukunft des Wohnens und der Mobilität gestalten!



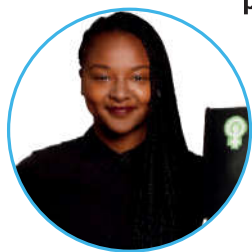
*Vorsitzender des
Wirtschaftsausschusses,
Abgeordneter für
Mobilität, Tourismus und
Wohnungsbau*



WELTOFFENES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Von Aminata Touré

Eines der zentralen Anliegen seit Beginn der Legislaturperiode war für mich, einen **Landesaktionsplan gegen Rassismus** in Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen. Im Mai 2019 wurde dieser im Landtag beschlossen. Die Arbeit am Aktionsplan werde ich eng begleiten und unter anderem Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenfeldern des Landesaktionsplans organisieren.



*Landtagsvizepräsidentin,
Abgeordnete für Flucht,
Migration, Kinder,
Jugendliche, Frauen,
Gleichstellung und
Queerpolitik*

Sehr wichtig war mir auch, dass wir uns darauf verständigen konnten, ein Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete umzusetzen. Im Rahmen des Programms werden zwischen 2019 und

2022 vor allem Frauen und Kinder aus Flüchtlingslagern in Äthiopien und Ägypten nach Schleswig-Holstein kommen.

Als Koalition haben wir uns darauf geeinigt, eine Clearingstelle einzurichten, die Betroffene mit einem ungeklärten Aufenthaltsstatus beraten und dabei unterstützen soll, mittels eines geordneten Verfahrens den Aufenthaltsstatus zu klären. Und im August 2019 haben wir schließlich ein Integrations- und Teilhabegesetz auf den Weg gebracht. Damit wollen wir Zugangsbarrieren abbauen und die Teilhabe aller Menschen in Schleswig-Holstein ermöglichen.

Im Bereich **Frauen und Gleichstellung** haben wir ein Sofortprogramm für die Sanierung von Frauenhäusern auf den Weg gebracht. Mit dem Antrag „Gewalt gegenüber Frauen entschlossen entgegenzutreten“ werden wir prüfen, ob die Ziele der Istanbul-Konvention*



durch weitere Maßnahmen in Schleswig-Holstein umgesetzt werden können. Darüber hinaus haben wir uns darauf verständigen können, geflüchtete Frauen besser zu unterstützen.

Bei den Haushaltsverhandlungen waren wir erfolgreich und konnten das Projekt „Myriam“ (My Rights as

Migrant*innenorganisationen von 940.000 auf 1,5 Mio. Euro erhöht.

Im Rahmen des Infrastrukturprogrammes IMPULS haben wir Mittel in einer Höhe von insgesamt 6,3 Mio. Euro für die Sanierung von Frauenhäusern bereitgestellt und mit dem Pakt für Frauenhäuser stehen 30



a female Migrant) mit 85.000 Euro fördern. Desweiteren haben wir die Fördermittel für Sprache und Erstorientierung nochmals deutlich von 3,4 auf 4 Mio. Euro aufgestockt. Wir stellen somit sicher, dass es in Schleswig-Holstein auch **Sprachkurse** für Geflüchtete mit einer sogenannten schlechten Bleibeperspektive dauerhaft geben wird.

Ebenso haben wir die Mittel für Integrations- und Teilhabemaßnahmen und die Förderung von

zusätzliche Frauenhausplätze zur Verfügung, die je zur Hälfte von Land und Kommunen finanziert werden. Darüber hinaus haben wir 50.000 Euro für eine Koordinierungsstelle Frauenhäuser bereitgestellt.

* Die Istanbul-Konvention ist ein 2011 ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag, wodurch verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt festgelegt werden.



ERNEUERBARES

SCHLESWIG-HOLSTEIN



Seltene Kulturpflanzen und Nutztierassen gehören zum Land (z.B Angler Sattelschwein schwarz/weiß oder rot/weiß).



Windenergie ist der Leistungsträger der Energiewende und des Klimaschutzes in Schleswig-Holstein.

Von Bernd Voß

Ein Grüner Erfolg in der Jamaika-Koalition war, dass wir eine Entfristung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes und damit den dauerhaften Schutz der Wiesen erreicht haben. Zwar ist dies mit Abstrichen in der von dem Landesgesetz betroffenen Kulisse verbunden, derzeit ist diese aber über das EU-Recht weitgehend gesichert. Sollte sich das ändern, werden wir kurzfristig das Gesetz anpassen müssen. Es gilt der Grundsatz: Grünland erhalten ist Klimaschutz - Grünland ist unser Regenwald!

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird eine Pestizidreduktionsstrategie erarbeitet. Sie soll insbesondere auch das schnelle Ende der Anwendung beson-

ders toxischer Stoffe beinhalten. Ebenfalls erarbeitet wird eine Strategie zum Erhalt seltener Nutztierassen und Kulturpflanzensorten. Bei der Düngeverordnung wurde in Schleswig-Holstein sehr frühzeitig eine Landesverordnung umgesetzt, in der weitergehende Maßnahmen für belastete Gebiete festgelegt sind.

Die Reform der **Gemeinsamen Agrarpolitik der EU** und ihre Umsetzung stehen im Zentrum unserer Bemühungen, wenn es um die zukünftige Ausrichtung der Agrar- und Umweltpolitik sowie der Politik für den ländlichen Raum geht.

Bei den Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

(ELER) konnten wir eine Umschichtung hin zu Vertragsnaturschutz und **Ökolandbau** erwirken. Seit 2015 wächst die ökologisch bewirtschaftete Fläche, davor war Stagnation. Von 2014 bis 2018 gab es einen Aufwuchs von 37.000 ha auf 61.000 ha, das ist ein Zuwachs von 65 Prozent.

Der **Landesentwicklungsplan** von 2010 wird überarbeitet, um die Erkenntnisse, die seit 2013 in die Landesentwicklungsstrategie eingeflossen sind, auch umzusetzen. Wichtige Punkte sind aus unserer Sicht: Die Halbierung des Flächenverbrauches bis 2030 auf 1,3 ha am Tag. Dabei soll dem steigenden Wohnungsbedarf durch Innenverdichtung und Bauen auf bereits versiegelten Flächen unter Vermeidung der Inanspruchnahme neuer Flächen begegnet werden. Hinzu kommt unter anderem eine Experimentierklausel um neue, noch nicht vorhersehbare Entwicklungen zu ermöglichen.

Das seit 2015 bestehende Moratorium bei der Landesplanung zum Ausbau der **Windenergie** musste bereits zwei Mal verlängert werden. Es ist wegen der großen Beteiligung ein sehr umfangreicher Prozess, von dem wir hoffen, dass er spätestens zum Ende 2020 abgeschlossen ist. Derzeit besteht, wie im Landesplanungsgesetz vorgesehen, auf dem Wege der Ausnahme genehmigung die Möglichkeit für den Zubau von Windenergie.

In der **Energie- und Klimapolitik** gab es zahlreiche Anträge für den Einsatz der erneuerbaren Energien auch in Mobilität, Industrie, Wärme, Power-to-X sowie für Energieforschung und wirksame Änderungen der Gesetze und Verordnungen der Energiewirtschaft. Er-

gebnisse dieser vielen Anträge sind, dass Projekte im Land, wie die Reallabore, im Rennen um Forschungsmittel des Bundes sind. Und dass die Landesregierung Energie- und Klimaanträge im Bundesrat eingebracht hat - zur CO₂-Bepreisung und zum Wärmesektor sowie zur Beseitigung der Ausbaudeckel bei den erneuerbaren Energien und die Abschaffung Begrenzung in den Netzausbaubereichen. Beim Thema der Regulierung von Strom- und Gasnetzen haben wir eine effizientere und kund*innennähere Gestaltung auf den Weg gebracht.

Ausblick: Vorrangige Herausforderung für alle Bereiche ist, die Klimaziele zu erreichen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch liegt in Schleswig-Holstein bei 36 Prozent (deutschlandweit 16 Prozent). Unser Ziel ist annähernd 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050 zu erreichen. Dafür ist es erforderlich, zeitnah den kontinuierlichen Ausbau der Windenergie sicherzustellen. Hinzu kommen der Ausbau und die Nutzung der Sonnenenergie über Dach und Freifläche. Über Strukturen wie regionale Klimaschutzagenturen muss sukzessive der Umbau der Versorgung mit Wärme und Mobilität in den Städten und den über tausend Gemeinden im Land umgesetzt werden.



Abgeordneter für
Energie, Klimaschutz,
Landwirtschaft, ländliche
Räume und Europa

In der **Europapolitik** will ich dabei helfen, die Energie- und Klimaziele der EU weiter zu stärken. Sie sind inzwischen ein Baustein dafür geworden, dass die Energiewende und der Klimaschutz in den europäischen Ländern umgesetzt wird - auch bei uns.

Auf einen Blick

Marret Bohn, Parlamentarische Geschäftsführerin, Abgeordnete für Gesundheit, Soziales, Familie, Minderheiten, T 0431 988-1536, marret.bohn@gruene.ltsh.de, www.marret-bohn.de, facebook.com/marret.bohn

Marlies Fritzen, Abgeordnete für Umwelt, Naturschutz und Kultur, T 0431 988-1535, marlies.fritzen@gruene.ltsh.de, www.marlies-fritzen.de

Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete für Kita, Religion, Ehrenamt, Rettungsdienste, T 0431 988-1512, eka.von.kalben@gruene.ltsh.de, www.eka-von-kalben.de, facebook.com/ekavonkalben, instagram.com/ekavonkalben

Joschka Knuth, Abgeordneter für Wirtschaft, Arbeit, Digitalisierung, Tierschutz, Sport, Verbraucher*innenschutz, T 0431 988-1516, joschka.knuth@gruene.ltsh.de, www.joschka-knuth.de, facebook.com/joschka.knuth, instagram.com/joschka.knuth

Burkhard Peters, Abgeordneter für Innen und Recht und Datenschutz, burkhard.peters@gruene.ltsh.de, T 0431 988-1519, www.burkhardpeters.de, facebook.com/burkhard.peters

Lasse Petersdotter, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Abgeordneter für Finanzen, Haushalt, Hochschule, Politische Bildung, Erwachsenenbildung, Medien, Strategien gegen Rechtsextremismus, T 0431 988-1514, lasse.petersdotter@gruene.ltsh.de, www.lasse-petersdotter.de, facebook.com/LPetersdotter, instagram.com/l_petersdotter

Ines Strehlau, Abgeordnete für Schule, Kommunales, Berufliche Bildung, Norddeutsche Kooperation, T 0431 988-1529, ines.strehlau@gruene.ltsh.de, www.ines-strehlau.de, facebook.com/ines.strehlau

Andreas Tietze, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, Abgeordneter für Mobilität, Tourismus und Wohnungsbau, T 0431 988-1513, andreas.tietze@gruene.ltsh.de, www.andreastietze.de, facebook.com/andreas.tietze1

Aminata Touré, Landtagsvizepräsidentin, Abgeordnete für Flucht, Migration, Kinder, Jugendliche, Frauen, Gleichstellung und Queerpolitik, T 0431 988-1506, aminata.toure@gruene.ltsh.de, www.aminata-toure.de, facebook.com/Aminata-Touré, www.instagram.com/aminajmina

Bernd Voß, Abgeordneter für Energie, Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Europa, T 0431 988-1515, bernd.voss@gruene.ltsh.de, www.bernd-voss.info, facebook.com/berndv3

Impressum

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, T 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, www.sh-gruene-fraktion.de, facebook.com/gruenesh, instagram.com/gruene-fraktionsh | Redaktion: Claudia Jacob (Vi.S.d.P) | Layout: Bettina Aust | Fotos: Adobe Stock, thenounproject, Thorsten Berndt, Bettina Aust, Lasse Petersdotter. Druck: Die Brücke Neumünster, Auflage: 500 Stück

Oktober 2019